

Beim Abdruck und in der Ausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Doernicke-Verlag GmbH.
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Finanzskandal des Rechtsblocks.

Gesamtentschädigung 715 Millionen, bereits ausgezahlt 655 Millionen.

Die neue Reichsregierung hat in ihrer Programmverkündung das Ziel verkündet, die „innere Wahrhaftigkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens“ wiederherzustellen. In die Sprache der Deutschnationalen übersetzt heißt das: Es soll „reiner Tisch für saubere, ehrliche, anständige politische Arbeit geschaffen“ werden. Das ist ein schönes Ziel. Nur ist es kein Monopol der Rechtsregierung oder gar der Deutschnationalen, sondern bereits bisher das Bestreben aller anständigen Menschen gewesen.

Das Schreiben des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichstanzler Dr. Luther vom 27. Januar aber läßt den Schein von der Bräutigam derjenigen, die am Staat verdienen wollen, und die dabei weder an Anstand, noch an Sauberkeit, noch an Moral oder ähnlichen schönen Grundsätzen denken. Um was handelt es sich? Zwischen dem Reich und den Ruhrindustriellen ist unter sorgfältiger Geheimhaltung der Verhandlungen an sich und ihres Abschlusses eine Vereinbarung getroffen worden, die den Ersatz aller Schäden herbeiführen soll, die in den letzten beiden Jahren im Ruhrgebiet entstanden sind. Um ein solches Abkommen zu ermöglichen, hat die Reichsregierung im „Reichsanzeiger“ (nicht einmal im Reichsgesetzblatt!) eine kaum beachtete „Bekanntmachung“ erlassen, die eine unbeschränkte Entschädigungspflicht des Reiches festlegt. Diese Bekanntmachung ist eine reine Verwaltungsanordnung, die sich auf keinerlei Gesetz, hat nie irgendeine gesetzgebende Körperschaft beschäftigt, wird im Reichsgesetz überhaupt nicht erwähnt, befaßt aber das Reich mit einem Betrage von vielen hundert Millionen Mark.

Trotz allem Angewöhnlichen, das in Deutschland während des Krieges und während der Inflation sich ereignet hat, ist diese Handlung der Reichsregierung wohl das Schlimmste. Man stelle sich vor, daß ohne gesetzliche Unterlagen, allein durch das Ermessen der Verwaltung einer Handvoll Großindustrieller mehr als eine halbe Milliarde Goldmark, also fast drei Viertel der Summe, die uns als ausländische Anleihe gegeben worden ist, als Entschädigung gegeben wird, nicht etwa als rückzahlbarer Kredit. Obwohl es sich um keine unaufschiebbare Maßnahme handelt, obwohl der Reichstag versammelt ist, wird er nicht gefragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. Ja noch mehr. Das Geld ist bereits zum erheblichen Teil ausgegeben, eine Verminderung der Zustimmung zu dieser Ausgabe durch das Parlament also gewaltig erschwert.

Ist das nicht ein viel größerer Skandal als alles, was im Zusammenhang mit Kautzker, Barmat, Michael an den Tag gekommen ist? Dort Unterlassungen oder Vergehen untergeordneter Stellen, hier Entscheidungen höchster Behörden, wenn nicht gar der gesamten Reichsregierung, wie man eigentlich annehmen müßte. Man hat im Fall Barmat mit Recht kritisiert, daß hohe Beamte, die mit der Kreditgewährung bei der Staatsbank zu tun hatten, später in die Dienste des Barmat getreten sind. Wir fragen deshalb: Hält man es für völlig einwandfrei, daß einer jener wenigen Herren, die diese Entschädigungsfragen im Reichsfinanzministerium zu bearbeiten haben, vor wenigen Tagen, also wahrscheinlich nach dem Abschluß des Vertrages in die Dienste des Reichsverbandes der Industrie getreten ist? Hat die Reichsregierung, als sie diese betrüblichen Stellenwechsel erfährt, nicht die Notwendigkeit erkannt, etwa vorher bestandene Beziehungen nachzuprüfen?

Aus den vielen Fragen, die durch das Schreiben des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aufgeworfen werden, wollen wir für heute nur noch wenige herausgreifen. Auch diejenigen, die prinzipiell den Anspruch der Ruhrindustriellen auf Entschädigung tatsächlich erlittener Verluste anerkennen, werden zugeben müssen, daß die einwandfreie Abschätzung des Schadens außerordentlich schwierig ist. Sie läßt sich nicht lösen, wie es die Reichsregierung getan hat, nur durch Verhandlungen mit den Industriellen allein. Ein Vertrag am Reich ist bei dieser Methode überhaupt nicht zu vermeiden. Nur wenn die Arbeiter und die Angestellten zu dieser Schätzung mitarbeiten, wenn die Deffektivität ihrer Methoden zu kontrollieren vermögen, wenn die Bewilligung abhängig ist von der Zustimmung des Parlaments, ist einigermaßen Sicherheit gegenüber Heberverteilung gegeben. Von all dem ist aber nicht die Rede gewesen. Man weiß nicht einmal, welche Preise den Entschädigungsansprüchen zugrunde gelegt sind und ob die wegen der Ertragung der Ricum-Lasten durch die Ruhrindustrie stark erhöhten Preise für die frei verkauften Kohlen abgerechnet wurden.

Ebenso wichtig ist die Frage, ob die Entschädigungen, die die Ruhrindustrie während des Ruhrkampfes erhalten hat, angerechnet wurden. Damals hat das Reich Woche für Woche einen erheblichen Teil der Löhne gezahlt. Es hat hundert Millionen Mark für die sogenannten unproduktiven Aufwendungen. Papiermarkkredite

in unbeschränkter Höhe gab die Reichsbank. Gewaltige Kredite sind geflossen aus der Reichskasse, auch sie zum Teil als Papiermarkkredite. Daneben sind auch erhebliche Beiträge aus der Gewerblichen Hilfskasse geflossen. Und wenn man ferner an die großen Gewinne denkt, die die größten dieser Unternehmungen, die Stinnes, Thyssen, Krupp usw., durch die Ausgabe von Rotgeld erzielt haben, dann erscheint es einem völlig undenkbar, daß nun noch eine Entschädigung von 600 Millionen Goldmark in Frage kommen soll.

Auf alle diese Fragen hat die Reichsregierung im Haushaltsauschuß des Reichstags noch keine Antwort gegeben. Der neue Finanzminister Schlieben aber hat unter dem Druck der Fragen des Genossen Hermann Müller bestätigen müssen, daß der Reichsregierung eine gesetzliche Grundlage für ihre Handlung fehle, daß sie das Budgetrecht des Reichstags aufs schwerste verletzt habe. Und wenn er auf die klare Frage des Genossen Hermann Müller, ob ein Brief des Reichstanzlers Stresemann vom 12. November 1923 die einzige Grundlage für das Verhalten der Reichsregierung sei, geantwortet hat, ihm die Beantwortung dieser Frage zu erlassen, so kennzeichnet das nur die tödliche Verlegenheit, in die die Reichsregierung durch die sozialdemokratische Aktion gekommen ist.

So sieht die erste Tat der Reichsregierung aus. Sie beginnt ihre Arbeit, indem sie den Ruhrindustriellen die Millionen, die diese den Rechtsparteien im Wahlkampf zur Schaffung des Rechtsblocks gegeben haben, hundertfach zurückzahlt. Begreifen die großen Massen des deutschen Volkes, warum die Herren von der Deutschen Volkspartei, von den Deutschnationalen und vom rechten Flügel des Zentrums eine Rechtsregierung wollen? Und begreifen man jetzt den Sinn der Erklärung von Stresemann, daß „die großen Fragen wirtschaftlicher Natur bei der dogmatischen Einstellung weiter sozialistischer Kreise mit einer sozialistisch-bürgerlichen Koalition nicht zu lösen sind“?

Sie haben recht, diese Herren vom Rechtsblock. Die Ausplünderung der Reichskasse, der Raub der Steuergelder der Masse der minderbemittelten Bevölkerung zugunsten weniger großer Kapitalmagnaten ist mit der Sozialdemokratie nicht durchzuführen. Die Sozialdemokratie fordert von dem Rechtsblock Rechenschaft. Wir sind gewiss, daß wir in dieser Frage auf die Unterstützung des gesamten Volkes rechnen können, das an einer ehrlichen, sauberen Finanzpolitik interessiert ist und es als keine Pflicht ansieht, daß in erster Linie das große Anrecht wieder gutgemacht wird, das an den Inflationsgeschädigten aller Art verübt wurde.

Enthüllungen im Haushalts-Auschuß.

Im Haushaltsauschuß des Reichstags wurde heute vormittag die Debatte über den Finanzstand bei den Ruhrschädigungen fortgesetzt. Die sozialdemokratische Fraktion legte einen weiteren Antrag vor, der verlangt, daß bei der gesetzlichen Regelung der Ansprüche von Ruhrschädigten, Liquidationsgeschädigten und Inflationsgeschädigten wegen der beschränkten Mittel des Reichs der Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung aller Ansprüche durchzuführen sei.

Sodann ergreift

Staatssekretär Dr. Fischer

vom Reichsfinanzministerium das Wort. Nach einer vertraulich zu behandelnden Mitteilung über die Lage im Ruhrgebiet während und bei Abbruch des passiven Widerstandes bestätigt er zunächst, daß die Entschädigungsaktion aufgebaut ist auf Briefen des damaligen Reichstanzlers Dr. Stresemann an die Ruhrindustrie, in denen ihr voller Ersatz für alle Schäden durch das Reich zugesichert wurde. Die Frage, ob der Reichstanzler oder die Reichsregierung zu einer solchen Zusage berechtigt war, ist damals überhaupt nicht aufgeworfen worden!

Fischer begründet sodann die Notwendigkeit der vollen Entschädigung der Ricum-Vieferungen. Die Ruhrindustrie habe diese Lasten nicht so lange tragen können, bis das Sachverständigenurteil in Kraft getreten sei. Deshalb habe man ihr bereits im Frühjahr 1924 große Kredite, später, nach dem Abschluß des Londoner Abkommens, erhebliche Abschlagszahlungen geleistet. Weitere Zahlungen seien bei Abschluß der Vereinbarung gestattet worden. Die Verhandlungen zwischen dem Reich und den Beteiligten sind Ende Dezember 1924 zum Abschluß gekommen. Sie wurden geführt mit der rheinisch-westfälischen Zechen (durch die sogenannte Sechserkommission), mit den Zechen des Bochener Reviers und der Braunkohle, mit der Rheinisch-Westfälischen, Chemische usw. Während des passiven Widerstandes sind ferner Beschlagnahmungen großer Vermögenswerte erfolgt. Dafür sind die Entschädigungen auf Grund des Obligationenleistungsgesetzes durch die Feststellungsbehörden zu treffen gewesen.

Angehts des Währungsverfalls waren im Herbst 1923 die Leistungen nicht mehr weiter zu führen. Sie wurden eingestellt und später auf Grund des Obligationenleistungsgesetzes und des Sonderverfahrens über die Ruhrschäden wieder in Gang gesetzt. Es handelte sich nicht um Beschlagnahmungen potentieller Firmen, so vertritt hier treuherrlich der Staatssekretär, sondern daran seien Personen des gewerblichen Mittelstandes in erheblichem Maße beteiligt, wie überhaupt die große Masse der rheinisch-westfälischen Bevölkerung betroffen gewesen sei. Der größte Teil der Ansprüche entfällt jedoch auf die Ricum-Lasten, der kleinere Teil auf andere Schäden.

Großes Aufsehen erregt die weitere Mitteilung des Staatssekretärs, daß eine Auslegung der Zahlungen an die Ruhrkohle-A.G., wie sie die Sozialdemokratie verlange, nicht mehr erfolgen könne, denn alle Zahlungen seien bereits erfolgt. (Lebhaftes Hört, Hört!)

Andere Zahlungen seien vereinbart oder ständen vor dem Abschluß. Ueberall seien erhebliche Abschlagszahlungen erfolgt. Es stehen nur noch geringe Summen aus (Lebhaftes Hört, Hört!), und zwar nur in Sonderverfahren! Der Staatssekretär schließt seine Ausführungen mit der Ankündigung, daß die Regierung zugleich mit der Denkschrift um Indemnität nachsuchen werde.

Abg. Hermann Müller - Franken (Soz.):

Es ist uns auseinandergefallen, aus welchen Motiven und unter welchen Umständen Herr Stresemann die Briefe — uns war nur der Abgang eines Briefes bekannt, während sich jetzt herausstellt, daß mehrere Briefe geschrieben worden sind — an die Ruhrindustriellen geschrieben hat. Ich kann von meinen gestrigen Ausführungen kein Wort zurücknehmen.

Es kann unter keinen Umständen angehen, und ich warne ausdrücklich für alle Zukunft, daß ein Minister, und lei es der Reichstanzler selbst, sich das Recht herausnimmt, Briefe an eine industrielle Interessengruppe zu schreiben, in welchen ihr Entschädigungen zugesichert werden, die zu einer Reichsausgabe von 600 Millionen Mark geführt haben. (Zurufe bei den Soz.: Das ist Korruption, schlimmste Korruption, von der Sie (nach rechts) allerdings nichts wissen wollen, wenn es sich um Ihre Leute handelt.)

Dieses Verfahren verdient um so härtere Beurteilung, als heute noch nicht einmal feststeht, auf welcher gesetzlichen Grundlage gehandelt worden ist. Es ist nicht üblich gewesen, daß im „Reichsanzeiger“ „Bekanntmachungen“ erlassen werden, aus denen nicht zu ersehen ist, auf welcher gesetzlichen Grundlage sie sich aufbauen. Wir haben die Rechte des Reichstages zu wahren und dafür zu sorgen, daß wir nicht einen Fuß durchschießen lassen, der in Zukunft zu den unhaltbarsten Konsequenzen führen könnte. Bisher haben wir noch gar keine Kenntnis davon, wie das Reich im einzelnen seine Gaben ausgeschüttet hat. Nach den gewordenen Darlegungen kann man annehmen, daß es sich in der Hauptsache um die Abgeltung der Ricum-Lasten handelt.

Die großen haben ihre Sache weg, während bei den kleinen Werken, beim Mittelstand, bei den Angestellten und Arbeitern, von denen bisher überhaupt nicht die Rede gewesen ist, der Eindruck erweckt werden soll, daß sie geschädigt werden, wenn unser Antrag Annahme findet.

Unser Antrag bezweckt doch weiter nichts als die Vorlage eines Gegenentwurfs binnen wenigen Tagen, der uns die Möglichkeit gibt, auch die Kleinen zu entschädigen. Es ist geradezu unerhört, zu leben, wie auf der einen Seite für die potente Ruhrindustrie — wie sie potent ist, kann man aus den Kurven der Welt infolge der Entschädigungen steigenden Aktien, erleben — Ricumsummen ausgeschüttet werden, während alle anderen, die Ansprüche an das Reich haben, wie die Vertriebenen, die Auslandsdeutschen, die durch die Liquidation der Kriegsschäden schwer benachteiligten Volksgenossen, die Rentner aller Art und viele andere noch ganz anderen Grundrissen mit Pleinamen abgefunden werden. Wir sind überzeugt, daß der Weg, den wir vorschlagen, gangbar ist. Wir verlangen volle Ausführung. Wir erwarten die Denkschrift und werden sehen, was darin steht und behalten uns vor, je nach ihrem Inhalt hier

im Reichstag einen Untersuchungsausschuß zu beantragen

(Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.), der uns die Möglichkeit gibt, genau zu ersehen, wer etwas bekommen hat und wer nicht und wie bei der Festlegung der Höhe der Entschädigungen verfahren ist.

Der Kommunist Stöcker weiß auch in dieser Situation nichts anderes zu tun, als dumme und freche Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten, obwohl die Sozialdemokratie durch ihren Brief an den Reichstanzler und ihre Anträge im Haushaltsauschuß die Aktion gegen den Finanzskandal des Rechtsblocks überhaupt erst begonnen hat. Er beantragt ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung.

Ministerialrat Weinholt (Ministerium für besetzte Gebiete) erläutert das Sonderverfahren für die Ruhrschäden, das zur Erstattung der Ansprüche infolge Beschlagnahme und sonstiger Schäden notwendig ist.

Ein Verteidiger erhebt der Reichsregierung in dem Abg. Dr. Moldenhauer (Dp.)

Dieser Abgeordnete, der in der letzten Sitzung des Reichstags die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wegen Mangel an Mitteln zu verhindern suchte, vertritt hier bei der Entschädigung der Ruhrindustriellen den Standpunkt, die Haltung der Regierung sei vollkommen einwandfrei gewesen. Die Ruhrindustrie habe ohne den vollen Ersatz ihrer Schäden ihre Existenz nicht aufrechterhalten können. Die Summen hätten bereits ausgezahlt werden müssen. Dagegen habe er allerdings nichts einzuwenden, daß die Regierung eine Denkschrift vorlege.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Der Mißtrauensantrag der Kommunisten sei verfrüht. Die Haltung der Regierung aber, das müßte er ausdrücken, mache einen kläglichen Eindruck. Mit sind unter keinen Umständen mit allgemeinen Redensarten zufrieden. Es ist unerhört, daß die Regierung, ohne eine Rechtsgrundlage zu haben, die Entschädigungszahlungen an die Großen vorgenommen hat, während die Kleinen und Mittleren nichts erhalten haben. Warum hat die Regierung nicht den Mut, genaue Zahlen zu nennen?

Nach diesem temperamentvollen Angriff sieht sich der Staatssekretär Fischer zur Antwort gezwungen. Er gesteht, daß die Regierung nicht den Mut habe, die Zahlen zu nennen und macht dann





# Gewerkschaftsbewegung

## Der Lohnkampf der Bankangestellten.

Eine sehr gut besuchte Versammlung des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten am Mittwoch besaßte sich mit dem Stand der Gehaltsfrage. Der Verbandsvorsitzende Ratz betonte in seinem Referat, daß die unteren Bankangestellten stets mit sehr niedrigen Gehältern abgepflegt wurden, während die Direktoren horrenden Gehältern bezogen. Große Summen werden auch für Aufsichtsratsämtern aufgewandt. Nach der Stabilisierung der Währung kam die Reaktion im Bankgewerbe und in deren Gefolge ein außerordentlich großer, sehr ungerecht durchgeführter Personalabbau. Bis ein wesentlicher Erfolg der Aktivität des Verbandes ist die Schaffung des Reichstarifs zu bezeichnen. Der Tiefstand im Bankgewerbe ist jetzt überwunden. Nun sei es an der Zeit, daß die Bankangestellten im Gegensatz zu den anderen Bankangestelltenorganisationen die Ketten der Lohnklausel sprengen und sich selbst ihr Geschick schmieden.

Einonits ging in seinen Ausführungen näher auf den Schiedspruch ein, der für den Gewerkschaftsbund der Angestellten und für den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gefällt worden ist. Ueber die Verbindlichkeitsverpflichtung dieses Spruches finden heute Verhandlungen statt. Der Schiedspruch sei unannehmbar, weil er nur eine Erhöhung der ohnehin hohen Gehälter der oberen Angestellten vorsieht, während die Gruppen I und II leer ausgehen. Ein Zusammengehen mit den gegnerischen Verbänden sei in diesem Falle unmöglich. Die Bankangestellten müßten sich im aktiven Kampf gegen das Bankkapital zur Wehr setzen.

An der Debatte beteiligten sich auch die Vertreter der gegnerischen Organisationen. Wenn sich die Redner des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Kräftausdrücken gegen die Bankleitungen nicht genug tun konnten, so mußte dies einigermassen lächerlich wirken. Den Gegnern kam es nur darauf an, die Versammlung zu sprengen und die Annahme der vorgeschlagenen Entscheidung zu verhindern. Dennoch wurde bei der Abstimmung die nachstehende Entscheidung mit großer Mehrheit angenommen:

Die in den Germania-Frachtböden zahlreich versammelten Bankangestellten Groß-Berlins verurteilen einmütig aufs Schärfste den Verrat der Angestellteninteressen, der durch den Deutschen Bankbeamtenverein und durch sein mit dem Reichsverband der Bankleitungen geschlossenes Dezemberabkommen begangen wurde.

Die versammelten Angestellten vermögen aber auch in dem Schiedspruch des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten keine befriedigende Lösung des Tarifstreites im Bankgewerbe zu erblicken, da die Masse der gewerblichen und Hilfsangestellten leer ausgeht oder nur vollkommen ungenügenden Zulagen brüchelt werden soll.

Die Versammlung ist sich einig in der Erkenntnis, daß das Schiedsverfahren allein den Angestellten nicht zu helfen vermag. Nur in dem freigewerkschaftlichen Zusammenschluß oder in den Bankbetrieblernen tätigen Kollegen liegt die Gewähr für den erfolgreichen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg.

Die Versammlung beauftragt deshalb die ständige Organisation aller Angestelltenkategorien des Bankgewerbes, den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten, die jetzt in den Betrieben vorhandene Erregung in einer Bewegung für den aktiven Kampf mit dem Ziele der Herbeiführung menschenwürdiger Arbeits- und Entlohnungsbedingungen für alle Angestellte des Bankgewerbes zusammenzufassen.

Mit einem begeisterten Aufgenommenen Hoch auf den Allgemeinen Verband der Bankangestellten als die Einheitsorganisation wurde die Versammlung geschlossen.

## Kaufmännische und Bureauangestellte.

Die Lage des Arbeitsmarktes für kaufmännische und Bureauangestellte hat sich in den letzten Monaten nicht wesentlich verändert. Die Zahl der Stellen suchenden ist immer noch sehr groß. Die Anzahl der angebotenen Stellen steht in einem sehr ungünstigen Verhältnis zur Zahl der Bewerber. Bei den männlichen kaufmännischen Angestellten kamen in den Monaten September, Oktober und November auf je eine Stelle 12,04, 10,85, 10,03 Bewerber, bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten 7,79, 6,71, 6,34 Bewerberinnen. Ähnlich ist es bei den Bureauangestellten. Hier kamen im September, Oktober und November auf je eine Stelle bei den männlichen Bureauangestellten 16,93, 9,77, 9,48 Bewerber, bei den weiblichen Bureauangestellten 3,98, 3,71, 3,41 Bewerberinnen. Diese Ueberfüllung des Arbeitsmarktes für kaufmännische und Bureauangestellte wird noch gesteigert durch das Angebot von Arbeitskräften aus den Reihen der abgebauten Beamten, die nach Besuch eines sogenannten „Ausbildungscurses“ als Bewerber im Angestelltenberufe auftreten.

Unter diesen mißlichen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkte haben besonders die älteren Angestellten zu leiden. Wie der Zentralverband der Angestellten feststellen konnte, erstreckte sich die Nachfrage nach Angestellten in den letzten Monaten vorzugsweise auf jüngere Leute, während es schwer war, ältere Angestellte unterzubringen; es sei denn, daß es sich um Spezialkräfte handelte. Die geringe Nachfrage nach Arbeitskräften findet in der schlechten Wirtschaftslage allein keine ausreichende Erklärung. Sie wird vielmehr zum Teil dadurch mit herbeigeführt, daß die in Stellung befindlichen Angestellten eine Fülle von Ueberstunden leisten müssen. Die Lösung der Arbeitsmarktlage ist also auch eine Arbeitszeitfrage. Die Wiedereinführung des Achtstundentages ist dringendes Gebot auch im Interesse der Stellenlosen.

Es muß aber auch einer weiteren Ueberfüllung des Berufs vorgebeugt werden. Hier kann die Berufsberatung nützliche Arbeit leisten, indem sie einen Zustrom von ungeeigneten jungen Leuten in den Angestelltenberuf zu verhindern sucht, der in der Zukunft viel mehr noch als heute nur denjenigen eine Aussicht auf wirtschaftliches Vorwärtkommen bietet, die über das notwendige geistige Können und persönliche Eignung für den Beruf des Angestellten verfügen. Weiter ist es dringend erforderlich, durch einheitliche Organisation der Arbeitsvermittlung die Voraussetzungen für eine zweckmäßige und geordnete Unterbringung der Stellen suchenden zu schaffen, die ihnen überflüssige Opfer an Arbeitsaufwand, Zeit und Geld erspart.

## Kommunistische „Fortschritte“.

Die Angestelltenversammlung des Bezirks Südost des Holzarbeiterverbandes am Dienstag hatte einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Daß die Kommunisten in diesem Bezirke ins Hintertreffen geraten sind, machte sich bei Eröffnung der Diskussion über den Bericht und die eingereichten Vorschläge für die Neubekleidung der Bezirkskommission sehr bald bemerkbar. Während man es aus früheren Versammlungen gewöhnt war, daß die Kommunisten den Reigen der Diskussionsredner eröffneten und der Reihe nach ihre Worte abgedroschenen Phrasen abzulassen ließen, kamen sie diesmal von ihrer Parolen- und Materialfahne in der Rosenthaler Straße schlecht versorgt worden zu sein. Die Kommunisten waren in der Defensive, als unsere Redner die Lässigkeit der KPD. in den Gewerkschaften und im Parlament der Versammlung vor Augen führten, wogegen besonders ein vor dem Sozial demokratischen kommunistischen Flugblatt mit den üblichen Behauptungen unserer Partei Veranlassung bot. Die Kommunisten hatten darauf nur zu antworten, daß nachdem die SPD.-Redner der KPD. ihre Sünden und Verbrechen an der Arbeiterschaft vorgehalten hätten, sie gezwungen seien, auch der KPD. ihre Sünden vorzubringen. Und was hatte der KPD.-Redner zu

sagen? Er kammelte etwas vom Roggeburger Tragek und behauptete, der Staatsgerichtshof in Leipzig hätte unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Reichsgerichte und seine Untertelle über harmlose Arbeiter gefällt. Ein Zwischenruf, daß die Genannten keine Reichsgerichte des Staatsgerichtshofes seien, brachte den KPD.-Redner aus dem Konzept. Die Versammlung quittierte mit einer Hochhabe über diesen Reinfall.

Nach dieser Auseinandersetzung war das Ergebnis der Kommissionswahl nicht mehr zweifelhaft. Mit % Majorität wurde die Liste Sowal (Anführer) gewählt gegen die Moskauer gewählt. In der bisherigen Kommissionsbesetzung hatten die Kommunisten die übergroße Mehrheit.

## Ein Vertrag gegen die guten Sitten.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch war in den Germania-Salen, Chausseestraße, die Arbeitnehmererschaft der Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft, der Zubehörlin des Hotel Bristol, Zentralfotel, Café Krantzler, Café Bauer, Heidelberger, Wintergarten und Bellevue, ferner der beiden Hotels Adlon und Continental versammelt. Die Versammlung nahm nach ausführlicher Aussprache eine Resolution an, in der zu folgenden Vorgängen Stellung genommen wurde. Aus Anlaß eines Prozesses der Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft gegen den früheren Direktor des Hotel Bristol, Herrn Kreislar, jetzt Generaldirektor der Firma Hotel Adlon-Continental, der sich gegen die Annahme des Generaldirektorpostens im Hotel Adlon durch Kreislar wehrte, wurde ein Vergleich abgeschlossen, der die gesamte Arbeitnehmererschaft der fraglichen Betriebe in ihrer Freizügigkeit bis zum Jahre 1934 einschränkt. Nach diesem Vertrag hat sich die Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft einerseits und die Firma Hotel Adlon-Continental andererseits verpflichtet, Arbeitnehmer, die nach dem 1. Januar 1924 in einem Betriebe der beiden Firmen beschäftigt waren, bis zum Jahre 1934 nicht in einem Betriebe des anderen Kontrahenten zu beschäftigen, andernfalls soll eine Konventionalstrafe von 50.000 M. fällig werden. Die Großen haben sich also auf Kosten der Kleinen geeinigt. Die Versammelten bezeichneten diesen Vertrag als einen öffentlichen Skandal, der die Verletzung der Ehre eines erheblichen Teiles der Arbeitnehmererschaft nach sich ziehen könne und der deswegen nach § 226 des BGB. als eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung anzusehen wäre. Die Versammlung hat den Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diesen Vertrag vorzugehen, insbesondere jenen für die Arbeitnehmer entstehenden Schäden gerichtlich zu verfolgen. Zur weiteren Abwehr dieses Angriffes auf die Arbeitnehmererschaft wurden zunächst die deutschen Ämte aufgefordert, in den genannten Betrieben keine Arbeit anzunehmen, eventuell soll eine allgemeine Sperrung über die Betriebe verhängt werden, wenn die anzubehenden Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen.

## Eisenbahnerstreik in China.

New York, 28. Januar. (Z.) Nach einer Meldung aus Schanghai haben die chinesischen Eisen- und Zugführer auf der Eisenbahnlinie Nanjing den Streik erklärt. Sie weigern sich, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, indem sie die Truppen in die Feuerlinie befördern.

Der Film „Schwieber“ läuft am Sonntag, den 1. Febr., nach 2. 3. 4. und 6 Uhr in den Räumen des Berliner Spar- und Bauvereins, Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Str. 6b. Eintrittskarte im Verkauf der Anstaltung.

Verantwortlich für: Volllit: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Götter; Gemeindefachberatung: J. Götter; Redaktion: J. Götter; Solules und Sonstiges: Fritz Reuter; Anzeigen: H. Götter; Inhalt in Berlin: Berlin: Botmäßigkeit Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Pöhlmann und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 68 W. Unterstraße 1.

**Enorm billige**

# Lebensmittel

Hammelvorderfleisch . . . Pfd. 60 Pf.	Hammelfleisch . . . Pfd. 75 Pf.
Hammelfleisch . . . Pfd. 70 Pf.	Kalbshackfleisch . . . Pfd. 65 Pf.
<b>Prima fettes Ochsenfleisch</b> gefroren . . . Pfd. <b>0.50</b>	
Schweinebauch ohne Beil. Pfd. 90 Pf.	Schweineschinken . . . Pfd. 100 Pf.
Schweinerücken . . . Pfd. 100 Pf.	Schweineläusen . . . Pfd. 95 Pf.
<b>Schweineköpfe</b> gepökelt . . . Pfd. <b>0.38</b>	
Rinderlunge . . . Pfd. 30 Pf.	Rinderherzen, geir. . . Pfd. 32 Pf.
Rinderherzen, frisch . . . Pfd. 60 Pf.	Kalbier . . . Pfd. 1.10
<b>Ein Waggon prima Fettgänse</b> gefroren . . . Pfd. <b>1.10</b>	
Landjägerwurst . . . Pfd. 55 Pf.	Rohwurst . . . Pfd. 75 Pf.
Hausmacher-Lederwurst Pfd. 95 Pf.	Fielschwurst . . . Pfd. 95 Pf.
<b>Deutscher Speck</b> mager, ohn Ripp Pfd. <b>1.45</b> Gekocht. Schinken 1/2 Pfd. <b>0.48</b>	
<b>10000 Dosen Gemüse- u. Fruchtconserven pr. Qualität.</b>	
Gemüse-Erbisen . . . 2-Pfd.-Dose 4 Pf.	Karotten . . . 2-Pfd.-Dose 38 Pf.
Schnittbohnen . . . 2-Pfd.-Dose 80 Pf.	Gemisch. Gemüse 2-Pfd.-Dose 80 Pf.
Sieplinsen . . . 2-Pfd.-Dose 1.50	Pfefferlinge . . . 2-Pfd.-Dose 1.05
Piläumen . . . 2-Pfd.-Dose 75 Pf.	Apfelsinen . . . 2-Pfd.-Dose 63 Pf.
Preißelbeeren . . . 2-Pfd.-Dose 1.20	Kirschen . . . 2-Pfd.-Dose 1.-
<b>2 Ladungen prima blaue Speisekartoffeln</b> 10 Pfund <b>0.39</b>	
Weißkohl . . . Pfd. 3 Pf.	Möhren, gewaschen . . . Pfd. 4 Pf.
Wasserkohl . . . Pfd. 5 Pf.	Kohlraben . . . Pfd. 3 Pf.
Wirsingkohl . . . Pfd. 6 Pf.	Bismenkohl . . . Kopf von 20 M. u
Kochspieß . . . Pfd. 10 Pf.	Mandarin . . . Pfd. 35 Pf.
Kochbirnen . . . Pfd. 9 Pf.	Apfelsinen . . . Dtz. 45 Pf.
Falgen . . . Pfd. 25 Pf.	Zitronen . . . Dtz. 35 Pf.
<b>Sprossen</b> Pfund <b>0.35</b> <b>Große Salzheringe</b> 5 Stück <b>0.25</b>	
Quarkkäse . . . Pfd. 50 Pf.	Olsardinen . . . Dose 39 Pf.
Stangenkäse . . . Pfd. 50 Pf.	Amerik. Würstchen . . . Dose 38 Pf.
Romadour . . . Stück 28 Pf.	Schweinefleisch . . . Dose 78 Pf.
<b>Kaffee-Mischung</b> ohne Zucker <b>0.80</b> <b>Backobst</b> Pfd. <b>0.38</b>	
Gebrannte Gerste . . . Pfd. 23 Pf.	Französischer Rotwein . . . 1/2 Fl. 1.34
Linzen . . . Pfd. 35 Pf.	Obermosler . . . 1/2 Fl. 1.15
Kocherbsen . . . Pfd. 20 Pf.	Taragona . . . 1/2 Fl. 2.02
Zucker . . . Pfd. 9 Pf.	Malaga . . . 1/2 Fl. 2.42

Weinpreise einschl. Steuer und Flasche



**Das große Warenhaus des Nordens**

**Urv**

Gebrüder, Aktien-Gesellschaft

**Swinemünder Straße 86**  
Ecke Lortzingstraße.

## Eine glückliche Familie



Nach dem Einkauf im **Schuh-Lokal Behrndt**

Münzstraße 25 / Kolitbuser Damm 13 / Frankfurter Allee 54

Wir bringen der Groß-Berliner Bevölkerung Damen-, Herren- und Kinder-Schuhe, welche wir unter besonderen Umständen billig eingekauft haben, zu ganz enorm billigen Preisen. Wir führen über 400 verschiedene Sorten in den elegantesten Luxusachen wie in den soliden Gebrauchs- und Straßenschuhen, so z. B.: Herrenstiefel, kräftig, Spallleder 6.50, 4.90 / Herrenstiefel echt Boxrind 7.00, 6.90 / Orig. Goodyear Welt, Halbschuhe und Stiefel 11.90 / Damen-Halbschuhe z. 3.50 bis od. mit mod. Spange echt Boxrind u. R'Chevreau, alle Größen, 6.90, 5.90 / Damen-Schnürschuhe, gutes Cromleder, Größe 35-37 3.90 / Orig. Goodyear Welt Halbschuhe u. -Stiefel, teils braun 9.90 / Moderne Luxus-Spangenschuhschuhe in Lack und Leder 11.90, 9.90 / Ein Posten feine Luxus- und Straßenschuhe in Nubuk braun und schwarz Boxrind, Boxrind- u. Chevreau Schnür-Spangenschuhe u. Pumps, Größe 35-37, teils größere Nummern, Serie I 7.90, Serie II 4.90 Warme Damen-Hauschuhe 95 Pf. / Kinderstiefel, Kamelehaarschuhe, Strümpfe etc. etc. ganz besonders billig. **Sehen Sie sich unsere 17 Schaufenster an**

### Sprechkapsel

Erprobte, jedes Uchen ed. Einsteinstellen, jeden Verdruss im Hören, jede sonstige Beschädigung kein Auswechseln v. Kristallkapsel, Sprechkapseln M 4 Imperator Metallwerk Fabrik A.-G., Berlin Alexanderstr. 100.

### HOLZHAUSER

von 500 Mk. an Schoppen, Hallen, Grotten etc. liefert preiswert kurzfristig Holzhauser Wittmann & Söhne, Lützowstraße 11-13, Berlin 100.

### Möbel

Speise-, Herren-, Schlaf-, Kinderzimmer, Küchen, Klubbauern, Einzelmöbel, äußerst preiswert. Auf Wunsch Zahlungsvereinbarung.

**S. Dorn, Berlin**  
Weinmeisterstr. 9

### Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.

Mein Bett für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, 5 ab matr. an Privat. Besondere Bedingungen. Katalog 3/4 frei.

**Besonders billig!** **Stenmöbelfabrik Suhl (Thür.)**